

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

11 (9.11.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 05. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 98, Ruf 509 33, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/23 - 02, Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 277, Ruf 2342, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 1 / Nr. 11

Mittwoch, 9. November 1949

Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Der nächtelang grübelnde General
Der Aerger bringt es an den Tag
Zeitgemäße Erinnerungen
Mit verteilten Rollen

Hymne des Friedens und des Aufbaus

Anlässlich des Staatsaktes der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum 32. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution wurde zum ersten Male eine neue deutsche Hymne gesungen, deren Text Johannes R. Becher und deren Melodie Hanns Eisler schuf.

Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland. Alle Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint, und es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.

Glück und Friede sei beschieden Deutschland, unserem Vaterland. Alle Welt sehnt sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand. Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind. Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.

Laßt uns pflügen laßt uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor, und der eignen Kraft vertrauend steigt ein neu Geschlecht empor. Deutsche Jugend, bestes Streben, unsres Volkes in dir vereint, wirst du Deutschlands neues Leben; und die Sonne, schön wie nie, über Deutschland scheint.

Sozialistische Propagandisten amerikanischer Ziele

Einfach Irreführung oder mangelndes Erkenntnisvermögen

Unter dem Vorsitz des früheren französischen Wirtschaftsministers Andre Philipp tagte in Paris die sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten Europas. Unter dem Stichwort: „Gleichberechtigung Deutschland in der europäischen Gemeinschaft“ wurden die Forderungen erhoben der Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat, Uebertragung der Befugnisse der Hohen Kommission für Deutschland als eine politische, europäische Autorität, und die Einstellung der Demontagen. Der Kongreß lehnte die Anektion des Saargebietes ab.

Die Aufnahme in den Europarat und die Uebertragung der deutschen Souveränitätsrechte an eine „europäische Autorität“ sind genau das, was der amerikanische Imperialismus will. Es mutet geradezu irrsinnig an, wenn der Kongreß der sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten Europas dem Ruhrstatut die Bedeutung zuschreibt, „erster Schritt zur Europäisierung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der Arbeiterschaft“ zu sein.

Ist eine solche Auffassung einfache Irreführung der sozialistischen Arbeiterschaft oder gibt es ein solches Maß von Naivität und mangelndem Erkenntnisvermögen. So wie die ECA wirtschaftlich den westeuropäischen Raum für den Dollar organisiert, betreibt die Europa-Union die politische Zusammenfassung und dient damit in gleicher Weise nur der amerikanischen Zielsetzung.

Adenauer verschachert deutsche Industrie

Mit 40- bis 50prozentiger Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie, die von Amerika finanziert wird, soll Demontagegestop erkauf werden

In einem Interview hat Bundeskanzler Adenauer eine Meldung der „Baltimore Sun“ bestätigt, nach der er sein Einverständnis zu einer 40- bis 50prozentigen Beteiligung Frankreichs an deutschen Industrien gegeben hat. Amerikanische Bankiers sollen die Finanzierung für Frankreich durchführen. Tröstend fügt Adenauer hinzu, daß die deutsche Majorität erhalten bleiben soll.

Die Regierung Adenauer hat in den letzten Wochen ein weitgehendes Verständnis für die „tatsächlichen oder auch eingebildeten“ Sicherheitsbedürfnisse Frankreichs gezeigt. Deshalb hat Adenauer auch eine so gute Presse in Frankreich gefunden.

Es ist in die Augen springend, daß der Weg, auf dem Adenauer das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs befriedigen und die Einstellung der Demontagen erreichen will, eine verfluchte Ähnlichkeit hat mit seinen Bestrebungen nach dem ersten Weltkrieg, als er nicht ohne französische Rückendeckung, den Separatistenstaat „Rheinische Republik“ wollte. Was damals verhängnisvoll für das deutsche Volk und die deutsche Nation gewesen ist, ist es heute nicht weniger. Die Bonner Regierung verfolgt konsequent ihre politische Linie. Ihre Bildung war der Schlüssel zum Zerreißen Deutschlands und die Geburt des Separatstaates. Jetzt wird dieser, dessen Gründung auf Betreiben fremder Interessen erfolgte, mit

Mann und Maus dem ausländischen Kapital ausgeliefert.

Heute treten die drei westlichen Außenminister zur Deutschland-Konferenz in Paris zusammen. Der Wirtschaftsdiplomate Westdeutschlands, Prof. Erhard weilt zu diesem Zeitpunkt — man sagt zufälligerweise — gleichfalls in Paris. Den Ausverkauf der deutschen Industrie — das ist wohl seine Aufgabe — soll deutscherseits den drei westlichen Außenministern bei ihrer Beratung als Morgengabe auf den Tisch gelegt werden.

Die Franzosen sollen die Rechtsmittel ungefähr zur Hälfte über die deutsche Industrie bekommen, während der amerikanische Dollar der eigentliche Herr unserer Wirtschaft wird. Es ist nicht zufällig, daß Prof. Erhard, der Beauftragte dieses Schachers, wie verlautet, mit dem ECA-Sonderbotschafter Hariman zusammentreffen wird. Der Mann, der die Operation dirigiert, die uns das Recht der Bestimmung über die eigene Wirtschaft nehmen soll, ist kein anderer als eben der amerikanische Marshallplanbeauftragte Hariman.

Ihr Franco

Mr. Franco mag ein Diktator sein, aber er leistet eine gute Arbeit.

„New York Herald Tribune“

Oktober-Feier in der Staatsoper

Ministerpräsident Otto Grotewohl: Wir sind nicht mehr allein

Berlin. (Eig. Ber.) Anlässlich des 32. Jahrestages der Oktoberrevolution veranstaltete die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Staatsoper zu Berlin eine Feier, an der als Gäste Vertreter des öffentlichen Lebens, Delegationen aus Betrieben und Verwaltungen und des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens teilnahmen. Auch zahlreiche diplomatische Vertreter des Auslandes waren vertreten.

Ministerpräsident Grotewohl betonte in seiner Festrede, das deutsche Volk habe alle Ursache, sich mit den wirklichen Verhältnissen in der Sowjetunion, unbeirrt und unbeeinflusst von der jahrzehntelangen antibolschewistischen und antirussischen Hetze, zu beschäftigen.

„Wo vor vierzehn Jahren sowjetische Panzer über deutsche Fluren rollten“, rief Otto Grotewohl aus, „um unter dröhnendem Gebrüll ihrer Motoren den Faschismus einzustampfen, rollen heute sowjetische Traktoren aus den Fabriken von Stalingrad über unsere Felder, um ihre Ertragsfähigkeit zu steigern. Wir sind nicht mehr allein. Aus Tod wird Brot, das ist der Segen, der sich aus der Freundschaft zur Sowjetunion schon heute für uns alle sichtbar ergibt.“

Nach den Ansprachen der stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Kastner und Otto Nuschke wurde die neue Hymne der Deutschen Demokratischen Republik vorgelesen.

Die Unterorganisationen der NSDAP tagen wieder

Ehemalige RAD-Führer tagen bei Stuttgart im Hause Konstantin Hierl's

Etwa 30 Reichsarbeitsdienst-Führer trafen sich über das Wochenende im Heimkehrer-Erholungsheim in Stuttgart-Degerloch, um eine Geheimkonferenz abzuhalten. Die Leitung hatte der ehemalige Generalarbeitsführer für den Gau Württemberg, namens Müller. Der Inhalt der Besprechungen wird als „streng vertraulich“ genannt.

Der ehemalige Generalarbeitsführer Müller versuchte die Öffentlichkeit damit zu beschwichtigen, indem er von einer „kollegialen Zusammenkunft nach ein paar Jahren, um sich wieder zu sehen“, redete. Er meinte, daß es ganz natürlich sei, daß die heutigen Verhältnisse besprochen worden sind und — man höre und staune — der RAD habe nie etwas mit der nationalsozialistischen Parteiorganisation zu tun gehabt, er habe längst vor 1933 bestanden.

Der frühere Reichsarbeitsführer, Konstantin Hierl, einer der „verdienten Männer“ Adolf Hitlers, der just in dem Haus, wo die Zusammenkunft war, wohnte, teilte auf Anfrage mit, daß er nicht an der Sitzung teilgenommen habe.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich in letzter Zeit die Stimmen mehren, die einen Arbeitsdienst für die Jugend ganz in Ordnung finden. Es sind hauptsächlich die Gemeindeverwaltungen, die in der Wiedereinführung des Arbeitsdienstes eine Möglichkeit sehen wollen, um etwas dem Druck der wachsenden Arbeitslosigkeit entgegen zu können. Auch der Kulturausschuß des württemberg-badischen Landtages hat gerade in dieser Frage eine heillos Verwirrung gezeigt. Um dem Problem der Tausenden von fehlenden Lehrstellen zu entgegen, haben Abgeordnete der bürgerlichen Parteien wie auch der Regierungsvertreter, ein Ministerialrat, die Frage der Wiedereinführung des Arbeitsdienstes aufgeworfen.

Instinktilos halten wir es, wenn erst dieser Tage der SPD-Oberbürgermeister Dr. Roser von Eßlingen im dortigen Gemeinderat die Frage der Einführung eines Hilfsdienstes anschnitt.

Wir nehmen gewiß nicht all jene, die sich heute als Demokraten aufspielen, für das, als was sie sich ausgeben; aber unter denen, die mit dem Feuer spielen, sind sicher nicht wenige, denen wir wenigstens im Willen ein demokratisches Bestreben nicht absprechen können. Begreifen sie nicht, daß sie mit ihren Gedankengängen und Absichten das fördern, worauf jene vom Schlage Hierl's, des Reichsarbeitsführers, und des Generalarbeitsführers Müller, lauern? Der Arbeitsdienst führt zwangsläufig zu einer neuen militärischen Vorschule. Dazu bereiten sie, ob sie wollen oder nicht, den Weg, und gebe sich niemand Illusionen hin: unter einer Separatregierung Adenauer mühen viele Wege da ein, wo die Grundlage für eine neue Faschisierung Westdeutschlands geschaffen wird. Wir sind schon weit gekommen, daß man diese Dinge wieder erörtern muß. Vor 1933 fehlte das geschichtliche Beispiel, um drastisch das Ende all dieser Geschichten absehen zu können. Mittlerweile haben wir aber die Erfahrungen mehr als genug gehabt und man sollte wahrhaftig nicht glauben, daß sie keinen einzigen Deut nützen.

Terror der DP's wütet in Ulm

Parteibüro demoliert — Die Bevölkerung muß sich selbst schützen

Ulm. (E. B. Vst) Im Verlaufe des Sonntags antkommunistische Demonstration aus Anlaß des Jahrestages der Oktoberrevolution durch. Unter dem Schutz der Polizei zogen sie auf den Münsterplatz, wo zehn Redner sprachen, „darunter ein ehemaliger ukrainischer General, der nicht namentlich genannt werden wollte“. (Für welches Kriegsverbrechen wird er gesucht? Die Red.)

Aufgeputscht durch die Reden verübten einige DP's, etwa acht Ukrainer, Gewalttätigkeiten. Sie brachen in das Parteibüro der KPD ein, demolierten die ganze Einrichtung, schnitten die Telefonleitung durch und entfernten sich wieder.

Es ist dies innerhalb kurzer Zeit der zweite Ueberfall auf das Ulmer KPD-Büro.

480 Heimkehrer in Ulm eingetroffen

Ulm. Am Dienstagvormittag trafen in Ulm 330 Heimkehrer aus der Sowjetunion ein, deren Heimatarorte in der französischen Zone liegen. Gegen Mittag brachte ein zweiter Transport weitere 150 Heimkehrer für Württemberg-Baden. Die Männer kamen aus den Lagern Tscheljabirsk und Narwa, sowie aus Lagern im Kaukasus und auf der Krim. (Lwb)

Im Streiflicht gesehen

Man ist nicht, bevor man gekocht hat

London. AFP verbreitet eine Meldung, daß die Amerikaner gegenwärtig zwei U-Boote bauen, die später mit Atomkraft betrieben werden sollen. Zunächst würden diese mit Dieselmotoren ausgerüstet. Wenn die Versuche der amerikanischen Atomkommission abgeschlossen seien, werde die Umstellung auf Antrieb mit Atomenergie erfolgen.

Es ist schon etwas toll, wie krampfhaft der Eindruck erweckt werden soll, wie weit man schon in der Verwertung der Atomenergie ist. Mit der Verwirklichung der Absichten hat es noch recht gute Weile. Man weiß das sehr wohl, aber was tut man nicht alles für den Begriff: das mächtige Amerika!

Gnadengesuche der Gandhimörder abgelehnt
New Delhi. Die Gnadengesuche für die beiden Gandhimörder Nathuram Godse und Narayan Apte sind von dem Generalgouverneur von Indien abgelehnt worden. Die beiden zum Tode Verurteilten sollen am 15. November durch Erhängen hingerichtet werden.

Attentat auf „Korrespondenten“ der „Times“
Damaskus. Der Korrespondent der Londoner „Times“ in Damaskus, Oberst Sterling wurde in seiner Wohnung von drei Unbekannten durch fünf Pistolenschüsse verletzt. Sein Zustand ist ernst. Die Urheber des Attentats sollen aus Palästina stammen.

Die Wäschleine ist kein Kletterseil

Freiburg i. Br. Ein 15jähriger Junge aus Freiburg, der zusammen mit einem 13jährigen den Hirschsprung im Hölenthal erklettern wollte, stürzte dabei aus großer Höhe tödlich ab, als die zur Sicherung verwendete Wäschleine riß. Sein Gefährte konnte erst nach achtstündiger Arbeit mit Hilfe der Feuerwehr und ausgerüsteter Bergsteiger aus der stark vereisten überhängenden Wand geborgen werden. (dpa)

Wildschwein in der Eisenbahn

Aschaffenburg. Ein eltsamer Fahrgast ist zuweilen auf der Eisenbahn im Spessart zu beobachten. Es ist ein Wildschwein, das ein Förster an der Leine mit sich führt. Er hat das Tier als Frischling gefangen und gezähmt. Nach dem ersten Schrecken haben sich die Reisenden an die Anwesenheit des harmlosen Tieres gewöhnt.

Kriegslist mit der Brieffaube

Rom. Bei der Bekämpfung des sizilianischen Bandenführers Giuliano werden jetzt von der italienischen Polizei Brieffauben eingesetzt. Die Tauben werden in leerstehenden Unterkünften der Banditen eingesperrt. Werden die Unterkünfte geöffnet, dann fliegen die Tauben zum Polizeikommando zurück. Anhand der Nummer der Taube kann dann der Ort des Unterstandes festgestellt werden.

Spuk um Mitternacht

London. Britische Hausfrauen wurden in letzter Zeit häufig durch geheimnisvolles Zerspringen von Glasgegenständen aus dem Schlaf geschreckt. Viele halten Poltergeister oder Ultraschallwellen, andere Atomexplosionen in der Sowjetunion für die Ursache. Wissenschaftler führen das Zerspringen der Gläser auf unsachgemäße Abkühlung beim Herstellungsprozess zurück.

Warum kein Separatfrieden?

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat durch den Mund ihres Ministerpräsidenten, Otto Grotewohl, den Ernst ihrer Einheitsbestrebungen in einer sehr schwerwiegenden Frage erneut unter Beweis gestellt. Sie verzichtet darauf, einen Sonderfrieden mit den Staaten zu erstreben, von denen sie anerkannt wurde und mit denen sie diplomatische Beziehungen hergestellt hat. Damit werden alle Gerüchte, die in Westdeutschland nach der Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik verbreitet wurden, daß nämlich die Sowjetunion mit der früheren Ostzone einen Sonderfrieden schließen werde, eindeutig widerlegt.

Diese Erklärung kommt den Herren sehr ungeliegt, die die Spaltung Deutschlands zu ihrem politischen Ziel erhoben haben, und die für Westdeutschland einen Separatfrieden anstreben. Nachdem, laut „New York Herald Tribune“, General Clay erklärt hat, daß der baldige Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eine der wichtigsten Aufgaben sei, hoffen nämlich diese Kreise der politischen Reaktion in Westdeutschland auf einen Separatfrieden für ihren separatistischen westdeutschen Bundesstaat. Das brachte ganz offen das lauteste Organ des „amerikanischen Zeitalters“ der „Tagesspiegel“ zum Ausdruck, der plötzlich mit der Schlagzeile herauskam: „Friedensvertrag statt Besatzungsstatut“. Natürlich meinen die Herren keinen wirklichen Friedensvertrag. Sie denken auch nicht daran, daß die Alliierten sich unter Umständen noch des Pariser Abkommens erinnern könnten, das bekanntlich im Sommer 1949 abgeschlossen wurde, und in dem wenigstens Ansätze für eine Einigung über Gesamtdeutschland vorhanden waren.

Darum besteht die Pflicht für das deutsche Volk, so lange die Möglichkeit einer Einigung über Gesamtdeutschland, die Hoffnung auf einen Friedensvertrag, der von allen Siegermächten unterzeichnet ist, besteht, entschieden dafür zu kämpfen. Darum werden auch die Parteien der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Regierung keinen Sonderfrieden abschließen. Sie werden den Westzonen Deutschlands nicht den Rücken kehren und sie ihrem Schicksal als Kolonie des amerikanischen Finanzkapitals überlassen.

Damit wird auch von den Politikern in den Westzonen Deutschlands eine klare Entscheidung gefordert. Die Vertreter der SPD und der bürgerlichen Parteien stehen vor der Entscheidung, ob sie die Politik des Separatismus und der Spaltung weitertreiben, oder ob sie — gemeinsam mit der Regierung der Demokratischen Republik — im Interesse des deutschen Volkes einen energischen Kampf um die Einheit Deutschlands und den Friedensvertrag aufnehmen wollen. Es geht um das Leben unseres Volkes und um die Sicherung des Friedens. Die Entwicklung der Ostzone zur Deutschen Demokratischen Republik und die Souveränität, die ihr von den befreundeten demokratischen Staaten zugestanden wurde, beweisen, daß dieser Kampf durchaus erfolgreich geführt werden kann.

Diese Erkenntnis ist auch im Westen, und nicht nur bei den Kommunisten anzutreffen. So schreibt die gutbürgerliche „Hannoversche Allgemeine Zeitung“:

„Durch das Telegramm Stalins an die Sowjetunionregierung ist die deutsche Entwicklung in einem zunächst kaum geahnten Maß vorwärtsgetrieben worden. Der Herrscher im Kremel hat vor aller Welt das deutsche Volk, mit dem die Rote Armee eben noch einen Kampf auf Leben und Tod geführt hatte, mit dem sowjetischen Volk im gleichen Atemzug genannt und beide Völker als „größte Potenzen in Europa“ bezeichnet. Nicht unbeachtet war geblieben, daß — auch im russischen Original — Deutschland der Sowjetunion vorangestellt worden war.“

Solche Stimmen sind nicht vereinzelt. Der Naheimer Kreis des Professor Noack, der CDU-Politiker Joseph Müller, sowie die bekannte Vorsitzende der Zentrumsparlei, Helene Wessel, haben durch ihre Äußerungen bewiesen, daß sie die Notwendigkeit und die Möglichkeit der nationalen Einigung und damit des Wiederaufstiegs Deutschlands erkannt haben. Es wird denen, die die Spaltung Deutschlands betreiben, nicht gelingen, diese zielklare nationale Politik als „Nationalismus“ beim deutschen Volk zu verleumdern.

Die Spekulationen, die die westdeutsche Presse an die Bildung der provisorischen Regierung für die Deutsche Demokratische Republik knüpfte, entsprangen der eigenen Sehnsucht nach einem Separatfrieden. Durch die Erklärung Otto Grotewohls wurden sie eindeutig widerlegt. Die Regierung der Demokratischen Republik wird sich nicht hinter die Elbe-Linie zurückziehen und einen Separatfrieden erstreben. Sie wird stets die Interessen ganz Deutschlands im Auge haben. Solange es noch die Möglichkeit eines Friedens mit allen Siegermächten für Gesamtdeutschland gibt, muß von jedem, dem die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt, der Kampf um einen Friedensvertrag für ganz Deutschland geführt werden.

E. M.

Wyschinskis Besprechung

Die Zusammenkunft des sowjetischen Außenministers Wyschinski mit dem USA-Außenminister Acheson am Montag dauerte nur eine Viertelstunde und wurde als „Höflichkeitsschmaus“ von der Presse kommentiert. Mittlerweile will man wissen, daß Wyschinski Acheson zwei Vorschläge überreicht hat. Der erste sollte ein Treffen Stalins mit Truman in der letzten Woche des Jahres in Berlin vorsehen, der zweite Vorschlag aber auf eine neue Zusammenkunft der Außenminister der großen Vier abzielen.

Neuer sowjetischer Vorschlag zur Atomkontrolle

New York. Der sowjetische Delegierte Malik brachte am Dienstag im zweiten politischen Ausschuss einen neuen Vorschlag zur Atomkontrollfrage ein. Danach soll das Plenum des UNO-Atomenergie-Ausschusses unverzüglich mit der Ausarbeitung zweier Konventionen beginnen, die gleichzeitig in Kraft treten sollen, eine über das Verbot der Atomwaffen und die zweite über die Einsetzung einer internationalen Atomkontrolle. Vorher hatten die sechs ständigen Mitglieder des Atomenergie-Ausschusses — die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, China und Kanada — bekanntgegeben, daß sie ihre Beratungen über eine internationale Atomenergie-Kontrolle aussetzen wollen, bis die Vollversammlung die Erörterung dieses Themas abgeschlossen hat. (dpa)

Joliot Curie in Moskau

Stark beachtete Reise des großen Atomforschers

Der Vorsitzende des französischen Atomenergie-Ausschusses, Professor Joliot Curie, ist zu den Feiern der großen Oktoberrevolution nach Moskau gereist. Joliot Curie gehört der Kommunistischen Partei Frankreichs an und ist Vorsitzender der französischen Vereinigung der „Freundschaft mit der Sowjetunion“. Auf den internationalen Friedenskongressen ist Joliot Curie eine der Hauptpersonen. Von amerikanischer Seite sind gegen Joliot Curie schon die heftigsten Angriffe geführt worden. Die imperialistischen Kriegstreiber in Amerika können nicht verstehen, daß ausgerechnet dieser Mann der Vorsitzende der französischen Atomenergiekommission ist. Wenn er es ist, dann deshalb, weil er der überragende Kopf Frankreichs auf diesem Gebiet der Forschung ist. Wir sind überzeugt, seine Reise zu den Feierlichkeiten der Oktoberrevolution wird in der amerikanischen Presse wieder die heftigsten Angriffe auf Joliot Curie auslösen. Wir in Deutschland sind stolz, daß die Kommunistische Partei Männer besitzt, die die ersten Plätze der Wissenschaft in der Welt einnehmen, aktiv für den Sozialismus und den Frieden kämpfen. —ll—

Japan gegen Separatfrieden

Die Äußerung eines hohen Beamten der amerikanischen Besatzungsmacht in Japan, daß dieses mit Wahrscheinlichkeit auf einen Separatfrieden im nächsten Frühjahr rechnen könne, hat in Japan ein Echo ausgelöst, das beweist, daß man diesen gar nicht will. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Japans, Totsukatayama, äußerte, seine Partei sei gegen einen Separatfrieden. Er fügte hinzu, die Sozialdemokraten zögen einen dauerhaften Frieden einem bald abzuschließenden Separatvertrag vor. Die Kommunistische Partei äußerte in ihrem Parteiorgan die gleiche Ansicht. Nicht anders aber auch die Regierungsparteien, insbesondere die Liberalen. Eine Friedensregelung ohne die chinesische Volksrepublik und die Sowjetunion im Fernen Osten entspricht nicht den tatsächlichen Machtverhältnissen und ist deshalb auf schwache Füße gestellt.

USA-Bankiers im Ruhrgebiet

Bonn. Die Seniorpartner der Anwaltsfirmen Shearman, Sterling and Wright, die Herren Darrand Winston, Frederick W. Jackson, Charles C. Parlin und Nelson Stuart führten am Montag im Auftrag eines Komitees von 13 USA-Banken in Düsseldorf Verhandlungen mit deutschen Industriellen. Hauptgegenstand der Verhandlungen waren gesetzliche Maßnahmen zur Bereinigung von Schuldverschreibungen in ausländischer Währung sowie die Interessen der ausländischen Inhaber von Dollar-Obligationen deutscher Industrieunternehmen, die vom Gesetz 75 betroffen sind. Die Delegation reist von Düsseldorf weiter nach München zu Verhandlungen mit dem bayerischen Finanzministerium. Ende vergangener Woche hatte sie in Frankfurt mit dem amerikanischen Hochkommissariat und dem Bundesfinanzministerium verhandelt. Die Delegation vertritt die Interessen amerikanischer Banken, welche an den alten Dollaranleihen interessiert sind, die vor 1933 deutsche private und öffentliche Stellen erhielten. Die Banken haben sich zu einem besonderen Komitee unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der National City Bank of New York, Mr. Stewart C. Pratt, zusammengeschlossen. Sekretär des Komitees ist Mr. Nelson Stuart von der City Bank Farmers Trust Company. Mit der juristischen Vertretung wurde die New Yorker Anwaltsfirma Shearman and Sterling and Wright betraut. Das Komitee wird in den drei Westzonen durch die Kreditsicherungs-K.G. München vertreten.

Ein Propagandarummel steigt

Bonn. (SID) Die seit langem geplante Sitzung des Berlin-Ausschusses des Bundestages in Westberlin soll jetzt in der Zeit vom 14. zum 16. November stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen Besprechungen mit dem Hauptausschuß der westberliner Stadtverordnetenversammlung und des Westmagistrates. Besichtigungen und Verhandlungen mit Vertretern der Wirtschaft, der Banken und sozialer Institutionen. Bei der Planung dieser Tagung war auch eine öffentliche Sitzung vorgesehen, die mit von dem berichtigten „Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit“ gestellten „Zeugen“ der Hetze gegen die Demokratische Deutsche Republik dienen soll.

Marschall Rokossowski ist Oberbefehlshaber in Polen

Der Marshall ist Pole und einer der bedeutendsten Militärspezialisten

Warschau. (E-B.) Marschall Konstantin Rokossowski, der erfolgreiche Militär der Roten Armee, wurde zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte Polens und zum Verteidigungsminister ernannt.

Marschall Rokossowski ist Pole und diente in der Roten Armee. 1945 wurde er zum Marschall der Sowjetunion ernannt, nachdem er zuerst als Generaloberst an der Don-Front stand, und dann mit der Entscheidungsschlacht um Stalingrad den geschichtlichen Umschwung im zweiten Weltkrieg erzwingen hatte.

Rokossowski ist ohne Zweifel einer der bedeutendsten Militärspezialisten, den unsere Zeit hat. Der polnische Staatspräsident Bierut wünschte seine Rückkehr mit der Berufung zum Oberbefehlshaber und Verteidigungsminister im Hinblick darauf, daß Rokossowski Pole ist, und daß er in den Jahren 1944/45, während der Befreiung der Bevölkerung Polens durch die Rote Armee, bei dieser großen Verehrung und Beifall gefunden habe.

Keine Waffenlieferungen an Indochina

Marseille. (dpa/Eig. Ber.) Die Hafenarbeitergewerkschaften aller französischen Mittelmeerhäfen ordneten für Montag einen einständigen Streik ihrer Mitglieder an. Hierdurch wollen sie ihre Schwestergewerkschaft in Marseille unterstützen, die als Protest gegen die Anwesenheit schwer bewaffneter Polizei im Hafen am Montag einen vierundzwanzigstündigen Streik durchführt.

Die Polizei wurde aufgeboten, nachdem die Hafenarbeiter sich geweigert hatten, Munition nach Indochina zu verladen und hierfür Militär eingesetzt wurde.

Der Ärger bringt es an den Tag

Der undemokratische Charakter der Bonner Verfassung

Der Hauptstadstreit Bonn — Frankfurt, so wiederlich er auch war, war wenigstens zu einem gut. Er zwang einige Zeitungen, ihren Lesern den undemokratischen Charakter der Bonner Verfassung und der Bonner Regierung aufzuzeigen und damit unwillig das zu bestätigen, was die KPD vorher als einzige Partei festgestellt hatte.

Die „Frankfurter Rundschau“, die über die Wahl Bonns besonders entrüstet ist, entdeckt am Aschermittwoch nach der Hauptstadt-Abstimmung plötzlich, daß der Abstimmungsmodus des Bundestages „eine juristische Haarspaltere“ ist, „die nichts mit dem Sinn des Artikels (42, d. Red.) zu tun hat. Der Abgeordnete ist durch den Artikel 46 des Grundgesetzes gegen gerichtliche, polizeiliche, dienstliche oder sonstige Verfolgungen derart geschützt, daß von dieser Seite her keine Veranlassung besteht, geheim zu halten, wie er gestimmt hat. Ihn aber gegen die Kontrolle der Staatsbürger, vor allem seiner Wähler, zu schützen, erscheint uns im höchsten Grade unmoralisch. Ein solches Verfahren begünstigt nur betrügerische Wahlversprechungen.“

Jetzt entdeckt es auch den undemokratischen Charakter der Bonner Verfassung und jammert darüber, daß Volksbegehren und Volksentscheid „wohlweislich nicht in das Grundgesetz aufgenommen worden sind“.

(während des Wahlkampfes hörte man's anders). Jetzt klagt das Blatt darüber, daß eine Verfassungsänderung nur mit einer Dreiviertelmehrheit möglich sei, dies wäre ein Hemmschuh der demokratischen Entwicklung, der „mit schweren Kämpfen verbunden sein wird“.

Lustig ist es auch, in diesem „treueste-deutschen“ Organ den Satz zu finden: „Der Stimmzettel, den der Wähler alle vier Jahre abgeben darf, ist keine aus-

reichende Garantie, solange der gewählte Abgeordnete sich nicht an seine vor der Wahl abgegebenen Zusage gebunden hält, oder den Wähler über sein Verhalten im Parlament im Unklaren lassen kann.“

Eine begrüßenswerte Einsicht, nur kommt sie etwas spät, und sie wäre vielleicht gar nicht gekommen, wenn die andere „Ersatzhauptstadt“ erfolgreich gewesen wäre. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zeigt ihren unendlich viel demokratischeren Geist u. a. darin, daß sie die Verantwortlichkeit des Abgeordneten auch nach seiner Wahl festlegt. Die Wähler, die ihn berufen haben, können ihn jederzeit aberufen, wenn sie mit ihm nicht mehr zufrieden sind.

Deutschland und die Sowjet-Union

Wirtschaftliche und traditionelle Bindungen

Bonn. Zwei Tage vor der Wiederkehr des Tages, an dem vor 32 Jahren die große Sozialistische Oktoberrevolution siegte, beginnt die „Frankfurter Rundschau“ mit einer Artikelserie „Deutschland, von USA gesehen“. Verfasser ist der bisherige amerikanische Hauptankläger im Diplomatenprozeß, Dr. Robert M. W. Kempner. Ueber das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion schreibt er, die geographische Lage spricht 100prozentig für die SU. Der natürliche Wirtschaftspartner des hochindustrialisierten Westdeutschland sind die weiten landwirtschaftlichen Gebiete im Osten. Weitergehören enge politische Beziehungen zum Osten zur deutschen Tradition. Alle die vielen Abmachungen zwischen den beiden Ländern seien in weiten Kreisen Deutschlands als Triumph deutscher Staatsweisheit und Diplomatie angesehen worden. Dr. Kempner unterstreicht „die russische Bereitschaft für

enge Beziehungen zu Deutschland“, die erneut stark unterstrichen wurde durch die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik. Zum Schluß weist Dr. Kempner darauf hin: „Daß der gebildete Deutsche weit mehr über russische Literatur weiß als über die der Vereinigten Staaten; Tolstoj, Puschkina und Dostojewsky und hunderte von Übersetzungen anderer russischer Autoren sind ihnen mehr vertraut als die Werke der Amerikaner“.

Pressestimmen

Der Herr Bundeskanzler

Der Herr Bundeskanzler hat sich in diesen wenigen Wochen mit jenen autoritären Methoden, die von seinen Freunden als Tugenden einer starken Persönlichkeit gelobt werden, in der breiten Öffentlichkeit, bis weit in die Reihen seiner eigenen Partei hinein, eine Unpopulärkeit erworben, von der er sich selbst wohl keine richtige Vorstellung macht. Man muß einmal darauf achten, mit wie viel Feindschaft, um nicht zu sagen Haß, sein Name in fast allen Schichten des Volkes genannt wird. „Frankfurter Rundschau“.

Hessische Ausfuhr nach Osteuropa

Mit dem Septemberergebnis von 19,28 Millionen DM bzw. 3,15 Millionen Dollar erhöht sich der Gesamtwert der hessischen Ausfuhr im dritten Vierteljahr 1949 auf insgesamt 55,56 Millionen DM oder 15,94 Millionen Dollar.

Als günstiges Symptom der Entwicklung in der jüngsten Zeit ist einmal die Ausweitung des Handels mit den osteuropäischen Staaten und mit Asien zu werten, zum anderen der Rückgang des Exports von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Während der Anteil Osteuropas und Asiens im ersten Vierteljahr 1949 nur 5,0 v. H. bzw. 5,2 v. H. betrug, war er im dritten Quartal bereits auf 10,4 v. H. bzw. 12,0 v. H. gestiegen. Umgekehrt verringerte sich der Anteil der Rohstoff- und Halb-

wieder aufgenommen, nachdem die Regierung 12 Millionen Peseten zur Befriedigung ihrer Lohnforderungen vorgestreckt hatte. Dies war für die Arbeiterschaft in gleichem Maße ein moralischer Erfolg, wie er für die Regierung eine moralische Niederlage war. Peron hatte nämlich den Streik der Mühlenarbeiter vorher für ungesetzlich erklärt.

USA-Handelspolitik in Marokko

Bonn. (SID) Das Kabinett Adenauer konnte nicht schnell genug dem in Paris von amerikanischer Seite ausgesprochenen „Wunsch“ auf Liberalisierung der Handelsbeziehungen entsprechen. Seit Jahrzehnten vertritt die USA in aller Welt die Politik der „offenen Tür“. Da ist es interessant, was „Die Welt“ über die amerikanische Wirtschaftspolitik in Marokko berichtet. Dort verlangen die amerikanischen Kaufleute eine Sonderstellung in der marokkanischen Einfuhrregelung. Sie haben, berichtet „Die Welt“, über ihre American Trade Association of Marokko im März 1948 durchgesetzt, daß sie „einführen dürfen, was sie wollen“. Die Amerikaner hätten sich so eine Monopolstellung im marokkanischen Einfuhrhandel geschaffen und die französischen Stellen hätten unter dem „Druck der amerikanischen Kaufleute“ diesen erhebliche Vorteile zugebilligt.

Lohnsteuererstattung

Bonn. Für Lohnsteuerpflichtige in unständiger Beschäftigung oder für solche, deren Arbeitslohn schwankt, will das Bundesfinanzministerium einen erweiterten Lohnsteuer-Jahresausgleich, ähnlich der Maßnahme für das 2. Kalenderhalbjahr 1948, durchführen. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, durch Eintragungen in die Lohnsteuerkarte im Kalenderjahr 1949 noch nicht berücksichtigte Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen auch nach Ablauf des Kalenderjahres 1949 bis zu einem noch festzusetzenden Termin geltend zu machen. Das Finanzministerium stellt rechtzeitig nähere Anordnungen in Aussicht.

FDP schützt Großaktionäre

Bonn. Die Aufhebung der Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der IG-Farbenindustrie verlangt ein Antrag der FDP-Fraktion des Bundestages, der von 22 ihrer Mitglieder namentlich unterschrieben ist. Der Antrag verlangt vom Kabinett Adenauer, bei den Besatzungsbehörden die Aufhebung des Gesetzes Nr. 9 des Kontrollrates sowie des Gesetzes Nr. 55 der USA-Militärregierung zu erwirken. Gesetz Nr. 55 verbietet Rechtsgeschäfte in Aktien- und Schuldverschreibungen und anderen Vermögensinteressen der IG-Farbenindustrie AG. Gleichzeitig wird die Aufhebung ähnlicher Anordnungen der britischen und französischen Militärregierung verlangt.

Der nächtelang grübelnde General

„Die Russen sind unsere Feinde“

Bonn. (SID) In dem britischen Sprachrohr für Deutschland, die „Welt“, berichtet Heinrich Walter über eine Artikelserie, die der ehemalige USA-Stadtkommandant von Berlin, Howley, in „Collier's Magazine“ unter dem Titel „Mein vierjähriger Krieg mit den Roten“ veröffentlicht. General Howley berichtet unter anderem, daß er „vier Jahre hindurch Nächte lang wach lag und darüber nachgrübelte, wie die Russen am besten zu bekämpfen seien“. Schon 1945 begrüßte er nach seinem eigenen Bericht neu zu ihm stößende amerikanische Offiziere in Babelsberg mit dem Ausruf: „Die Russen sind unsere Feinde, die uns nur einen Waffenstillstand bewilligt haben“. Howley hat Berlin verlassen, aber die Reuter und Kaiser

führen die von ihm eingeschlagene anti-sowjetische Politik fort.

Der Staatssekretär des Innern

Bonn. Der Staatssekretär des Innern im Bundeskanzleramt legt dem Bundestag ein Gesetz über die Ausdehnung der Wirkung von Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenanmeldung auf die französische Zone vor, soweit sie bei den Annehmestellen Darmstadt und Berlin eingereicht worden sind. Der Gesetzentwurf hat die Zustimmung des Bundesrates erhalten und ist mit einer eingehenden Begründung versehen. Mit dieser Gesetzesvorlage erfährt die Öffentlichkeit zum ersten Male etwas über die Existenz eines Staatssekretärs des Innern im Amte des Bundeskanzlers Dr. Adenauer.

Zeitgemäße Erinnerungen

Die rechten SPD-Führer und die russische Revolution

Die Stellung der rechten sozialdemokratischen Führer zur Sowjetunion war stets die der Kapitalisten. Die Noske und Scheidemann haben beinahe mehr noch als unsere eigene Revolution die russische Revolution „gehaßt wie die Sünde“, war sie doch die Mutter aller echten Revolutionen, an der sich die fortgeschrittenen Arbeiter und die besten Köpfe der Welt orientierten. Oft war der Haß der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Sowjetunion noch wütender als der der Imperialisten, denn er war belastet mit dem schlechten Gewissen gegenüber der eigenen Arbeiterschaft.

Wer geglaubt hatte, der Faschismus und die furchtbare Katastrophe des Krieges werde selbst die rechten Führer der SPD belehren, wer angenommen hatte, die unvergleichlichen Opfer der Sowjetunion im Kampf gegen die faschistische Barbarei werde den krankhaften Haß dieser Führer heilen, der sah sich nach Kriegsende bitter enttäuscht. Zwar erkannten Hunderttausende von sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und sozialdemokratischen Führer, wie Grotewohl, Fedner, Buchwitz, Ebert und viele andere den Irrweg der reformistischen Spaltungspolitik und des Antisowjetismus; aber die rechten Führer um Schumacher, Ollenhauer, Heine, Schöttle und Eichler vereinigten sich wiederum mit der kapitalistischen Front gegen die Sowjetunion und die Kommunisten.

Es ist in diesen Tagen zeitgemäß, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, welche Hal-

tung der rechten SPD-Führer nach der deutschen November-Revolution im Jahre 1918 eingenommen haben. Denn ihre damalige Einstellung wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre heutige Politik. Im Dezember 1918 veröffentlichte der SPD-Parteivorstand in Berlin eine Broschüre, in der es u. a. hieß:

„Die Herrschaft der russischen Bolschewiki zählt bestenfalls noch nach Monaten, vielleicht ist sie in wenigen Wochen zu Ende. Ganz Sibirien, die Murman-Küste im Norden, die Schwarzmeerküste im Süden halten die Ententetruppen in der Gewalt, die Kosakengeneräle Denikin und Krasnow werden von ihnen ausgerüstet und unterstützt, die proletarische russische Republik kämpft ihren Todeskampf. Sie kann kaum noch den ersten Bezirk von Innerrußland verteidigen. Die ganze Welt ist gegen Rußland verschworen. Selbst Spanien und die Schweiz haben die Abgesandten der Bolschewiki-Regierung ausgetrieben, in keinem Land der Welt duldet man mehr ihre Vertretung. Und auf die Hilfe dieser Ohnmacht pochend, wollten wir in unserem jetzigen Zustand es erneut mit der ganzen Welt aufnehmen? Aber sei! Wenn man das will, muß man folgerichtig handeln. Dann muß man sich offen mit der Moskauer Regierung verbünden und der Entente Trotz bieten. Die jetzige Regierung, in der neben Ebert, Scheidemann und Landsberg auch Haase, Dittmann und Barth sitzen, hat

aber die Sowjetgesandtschaft nicht zurückgerufen, hat die zwei Waggon Mehl, die Rußland schicken wollte und die natürlich bloß symbolische Bedeutung hatten, zurückgewiesen und hat der Räteregierung auf ihren Vorschlag eines neuen brüderlichen Friedens geantwortet, wir seien jetzt nicht im Stande, ihn zu schließen; wir müßten in allem auf die Entente Rücksicht nehmen. Das ist richtig und vernünftig.“

Sprechen diese Sätze nicht Bände? Sagen sie nicht alles über die verhängnisvolle Kurzsichtigkeit der reformistischen SPD-Führung? Sind sie nicht in ihrer ganzen politischen Blindheit von geradezu unheimlicher Aktualität? Was konnten und was können die sozialdemokratischen Werk-tätigen von Führern erwarten, die das größte Ereignis unseres Jahrhunderts auf solche Weise verkannt haben und verkennen?

Damals begründeten sie ihre Gegnerschaft zu Sowjetrußland mit dessen „Ohnmacht“ und prophezeiten — wie die kapitalistischen Blätter in aller Welt — seinen Untergang binnen wenigen Wochen. Etwas mehr als ein Jahrzehnt danach, als dieselben SPD-Führer bereits die entscheidenden Positionen der Weimarer Republik an die Schwerindustrie und die Junker verspielt hatten, da lebte dieses „ohnmächtige“ Sowjetrußland noch immer. Und es lebte nicht nur, sondern die sich in der Krise wendende deutsche Industrie schlug sich mit ihren ausländischen Konkurrenten um die Riesenaufträge dieses „ohnmächtigen“ Landes. Hunderttausende deutsche Arbeiter, Angestellte und Techniker hatten in diesen Jahren Arbeit und Brot, weil die von den rechten SPD-Führern tausendfach totgesagten Bolschewiki eine krisenfreie sozial-

stische Wirtschaft aufgebaut hatten, von deren Aufträgen ganze deutsche Industriezweige leben konnten.

Mögen die sozialdemokratischen Werk-tätigen an diesem 32. Jahrestag der großen Sozialistischen Oktoberrevolution darüber nachdenken, warum die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen der Sowjetunion noch heute, und trotz des mörderischen Ueberfalls der stärksten Militärmaschine, die die kapitalistische Welt gekannt hat, ihre Revolution feiern können, während der Weg des 9. November 1918 in Faschismus, Krieg und Katastrophe endete.

Ist es nicht bezeichnend, daß die rechten SPD-Führer, die damals eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ablehnten, weil sie „ohnmächtig“ sei, diese heute für unmöglich erklären, weil die Sowjetunion „zu mächtig“ ist? Ist es nicht charakteristisch, daß sie ihre damalige Orientierung auf die westeuropäischen kapitalistischen Länder mit der Schwäche und ihre heutige Orientierung auf den amerikanischen Kapitalismus mit der Stärke der Sowjetunion begründen?

Die Feindschaft gegen die Sowjetunion hat dem deutschen Volke 1918/19 geschadet, sie schadet ihm heute noch weit mehr. Wenn nach 1918 von der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion außerordentlich viel für den Weg der deutschen Arbeiterklasse abhing, so ist heute diese Zusammenarbeit zur Voraussetzung unserer Existenz als Nation geworden. Nicht nur unsere wirtschaftliche Zukunft, sondern die Frage nach Krieg oder Frieden in Europa wird heute vom Verhältnis des deutschen Volkes zu den Völkern der Sowjetunion entschieden. Freundschaft mit der Sowjetunion ist zur ersten Forderung jeder nationalen deutschen Politik geworden. J. Sch.

Mit verteilten Rollen

Mannheim. (Lwb) In einem Brief an den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Prof. Niklas, forderte am Montag der Kreisvorstand der CDU für Mannheim-Stadt Herabsetzung der Kartoffelpreise auf ein erträgliches Maß.

Diese Meldung ist ein treffliches Beispiel für die Wirtschaftsmoral mit doppeltem Boden der CDU. Sie hat in der Bundesregierung wie vorher im Verwaltungsrat für Wirtschaft durch ihre Parteimitglieder Professor Erhard als Wirtschaftsminister und Professor Niklas — Nachfolger Schlange-Schönningens als Ernährungs- und Landwirtschaftsminister — die Schlüsselstellungen besetzt, in denen durch die Preisgestaltung für Lebensmittel und für Gegenstände des täglichen Bedarfs der Lebensstandard der breiten Massen des schaffenden Volkes bestimmt wird.

Versammlungs-Kalender:

Donnerstag, den 10. 11., 18.30 Uhr, in S 3, 10, Kreisvorstandssitzung einschließlich der Pol. Leiter der Orts- und Betriebsgruppen.

Lebenslänglich Zuchthaus gegen Göhler beantragt

Das Schwurgericht Stuttgart vor der Urteilsverkündung

Im Prozeß gegen den Massenmörder Göhler wurde am 3. Verhandlungstage vom Staatsanwalt nach längerem Plädoyer beantragt, den Angeklagten zur höchsten Strafe zu verurteilen, die das deutsche Gesetz zuläßt, zu lebenslänglichem Zuchthaus und zur Aberkennung der Ehrenrechte auf Lebenszeit.

In seinem Plädoyer erklärte der Staatsanwalt, daß Göhler unzweifelhaft bei den Ausschreitungen und furchtbaren Grausamkeiten gegen die jüdischen Insassen des Konzentrationslagers Bornhagen beteiligt gewesen sei, und daß die zahlreichen Zeugen, die im Verlauf des Prozesses ihr eigenes Erleben in dem Lager schilderten, den Beweis erbracht hätten, daß die Unschuldsbeteuerungen Göhlers nicht den Tatsachen entsprechen.

sich in der Gewalt der faschistischen Horden befanden.

Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts plädierte der Verteidiger Göhlers auf Freispruch mit der Begründung, die Zeugenaussagen wären sehr widersprüchlich gewesen, so daß eine Verurteilung des Angeklagten nicht ausgesprochen werden könne.

teuerte im Schlußwort nochmals seine Unschuld.

Das Urteil gegen Göhler ist in der nächsten Sitzung des Gerichtshofes zu erwarten.

Urteil gegen Göhler gefällt

Nach Redaktionsschluß erfahren wir, daß das Urteil gegen Göhler in der Donnerstag-Verhandlung vor dem Schwurgericht Stuttgart gefällt wurde. Der Massenmörder wurde gemäß dem Antrag des Staatsanwalts zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Sieben-Zentner-Bombe in Käfertal entfernt

Im Hofe eines Anwesens in Käfertal wurde eine 7 Zentner schwere Bombenblindgänger durch das Sprengkommando der Polizei entfernt. Da der Blindgänger nicht vollständig entschärft werden konnte, waren Bergung und Abtransport besonders gefährlich.

von einem unbekanntem Täter die Einkaufstasche entrisen. Der Täter und eine ihn begleitende Frau ergriffen nach dem Raub die Flucht, stiegen in ein in der Nähe wartendes Auto und fuhren davon.

Verkehrsunfälle

Bei einem Zusammenstoß zweier Lastkraftwagen auf der Casterfeldstraße wurden beide Fahrzeuge schwer beschädigt. Der Anhänger des einen Lastkraftwagens geriet ins Schleudern und riß einen Lichtmast um.

Verkehrsunfallstatistik im Monat Oktober: Bei insgesamt 154 Verkehrsunfällen verließen zwei tödlich, 37 hatten — zum Teil schwere — Verletzungen und erheblichen Sachschaden zur Folge. Die Mehrzahl der Unfälle ist auf verkehrswidriges Verhalten zurückzuführen.

Tödlicher Betriebsunfall

Beim Rangieren eines Güterzuges fiel ein Arbeiter beim Rückwärtsfahren des Zuges so unglücklich zwischen die Schienen, daß er einen Wirbelsäulebruch erlitt, der den Tod zur Folge hatte.

Straßenraub

Kurz nach 21 Uhr wurde einer auf dem Heimweg befindlichen Frau vor der Haustüre

Mannheimer Straßenbahn baut ab

Es gehört bereits zum guten Ton, daß in Mannheim wichtige Fragen nur in kleinen Ausschüssen erledigt werden. Dem Wirtschaftsausschuß des Stadtrates lag am 7. November ein Plan der Stadtverwaltung zur Einschränkung des Straßenbahnverkehrs vor. Danach soll in der Zeit von 8 bis 16 Uhr und von 19 bis 21 Uhr der 15-Minuten-Verkehr (bisher 12 Minuten) eingeführt werden.

entlasten. Linie 15 wird dagegen mit jedem dritten Wagen über die Inselstraße zur Kammerstraße fahren. Von dem anwesenden Betriebsratsmitglied der Straßenbahn wurde gegen diesen Plan eingewendet, daß dadurch die Straßenbahner eine zu lange Unterbrechung ihrer Arbeitszeit hinnehmen müßten. Die geplanten Einschränkungen sollen der Stadt die Einsparung von 40 Bediensteten im Fahrdienst ermöglichen. Der Vertreter der Kommunistischen Partei konnte sich mit dem vorgelegten Plan nicht einverstanden erklären. Die Geldschwierigkeiten der Straßenbahn (das Defizit der Straßenbahn wurde auf 2 Millionen beziffert), sind auch die Folge einer Politik, die unsere Partei ablehnt, erklärte Stadtrat Eimuth.

Übergriffe amerikanischer Soldaten

Wie Groß bekanntgab, sind auf Grund der Übergriffe amerikanischer Soldaten gegenüber der deutschen Bevölkerung in den letzten Wochen Maßnahmen, die auf eine strengere Disziplin der amerikanischen Truppen hinzielen, ergriffen worden. Die Übergriffe seien nach seinen Informationen hauptsächlich in Göppingen, Böblingen und Schwäbisch Hall nach Beendigung der Herbstmanöver vorgekommen, da sich seines Wissens in der Zwischenzeit keine größeren Übergriffe mehr ereignen ließen.

Werbt für das Badische Volksecho

eignet hätten, hoffe er, daß sich die Sache „wieder machen“ werde. Jeder durch amerikanische Soldaten geschädigte Deutsche könne Schadenersatz verlangen, für den der Missetäter aufkommen müsse. Wenn sich der betreffende Soldat nicht mehr identifizieren lasse, so sei seine Einheit für den Schadenersatz verantwortlich. Er hoffe, so erklärte Groß, daß die Deutschen in Zukunft die amerikanischen Soldaten „gerühmten“ könnten und keinen Grund mehr zu Beschwerden hätten.

Weinheim sucht Blutspender

Wie uns der Chefarzt des Weinheimer Krankenhauses, Dr. Graf, mitteilt, beabsichtigt er eine Blutspenderzentrale einzurichten. Die bisherigen Transfusionen mittels sogenannten Blutkonserven bildeten keine endgültige und befriedigende Lösung. Bisher behält man sich immer wieder mit dem in dringenden Fällen stets zur Verfügung stehenden Pflege- und Betreuungspersonal des Krankenhauses. Daß natürlich diese wenigen Menschen auf die Dauer unmöglich allein für eine Stadt von 25000 Einwohnern aufkommen können, liegt auf der Hand. Außerdem bedeutet es für die in ihrem Beruf ohnehin aufgehenden Aerzte und Schwestern eine untragbare Belastung. Dr. Graf rechnet mit 40 Personen, von denen je zwei 10 der Blutgruppe A, B, AB und O angehören sollen. Eine genaue Untersuchung der einzelnen Personen auf ihre Eignung zum Blutspenden geht selbstverständlich voraus.

Erdbeben im Hohenzollerngebiet

Die Erdbebenwarte in Stuttgart, Meßstetten und Ravensburg verzeichneten am Sonntagvormittag, 8.49 Uhr, ein mäßig starkes Erdbeben, dessen Herd in dem bekannten Erdbebengebiet der Hohenzollernalb lag. Im Herdgebiet hat das Beben eine Stärke von etwa 5-6 Grad der zwölfteiligen Skala erreicht. Bis jetzt wurden keine Schäden gemeldet (lwb).

Jeder sein eigener Schuster

Kempten (dpa). „Sie können schiefe getretene Absätze nach Belieben wieder geradelaufen, indem Sie die Absätze austauschen“, rät Helmut Schuh aus Kempten. Er hat einen auswechselbaren Absatz als Patent angemeldet. „Wenn Sie mit Griffen vom Gebirge kommen“, meint er, „wechseln Sie vor dem Gasthaus in zwei Sekunden die Absätze und kein Wirt wird sich mehr über zerkratzte Böden beklagen.“

Nationaltheater Mannheim

Am Freitag, den 11. November 1949, 19.30 Uhr, findet im Nationaltheater die deutsche Erstaufführung des neuesten Werkes von Anouilh „Ardèle oder das Gänseblümchen“ statt. Die „Ardèle“ ist ihrer äußeren Form nach ein Kammerspiel in modernem Milieu. Für unsere Mieter noch folgendes: Da das Nationaltheater vor Weihnachten nach der Erstaufführung der „Ardèle“ von Anouilh noch die Uraufführung des Schauspiels „Agnete“ von Georg Kaiser herausbringt, wird die „Ardèle“ voraussichtlich nur in der Premierenwoche und in den Mietabteilungen B, D, E, H, K, M, O gespielt, während die „Agnete“ von Kaiser für die Premierenwoche und die Mietabteilungen A, C, E, G, J, L und N vorgesehen ist.

Eheleute + Keine Frauensorgen mehr d. u. V. T. E. - Dauer - Mutterschutz. Gratis-Prospekt gegen Freiumschlag. Pharmagent Hamburg 1. Postfach 70673

Rechtsanwalt Dr. WEINDEL jetzt wieder O 6, 3 (a. d. Planken) Neue Tel.-Nr. 40993

Kugellager in allen gäng. Größen FINDLING (77) Ettlingen 62 Lechleiterstr. 1.

Film von Heute VORANZEIGE ab Freitag. Hertha Feller - Rudolf Prack in Heimliches Rendezvous. Hilde Krahl - Karl John in „Liebe 47“. Capitol AM MESSPLATZ Tel. 51186. PALAST BREITESTR. 116 TEL. 44635. „MARTINA“ Beginn: 10.00, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45, 20.00 Uhr.

Fahrradhaus Schreiber führt nur Markenräder großes Lager an Gummi und Ersatzteilen Neckarau, Maxstraße 43 - Tel.: 48432

KLISCHEES FÜR HANDEL U. INDUSTRIE GRAPHISCHE KUNSTANSTALT GEBRÜDER MÜLLER MANNHEIM - H7 29 TELEFON 53681 Achtung Motorradfahrer! Ihre wetterfeste Bekleidung finden Sie in bester Ausführung im Lederbekleidungs-geschäft M. Treiber Nachf. Heidelberg - Plack 11 Dem Warenkaufkommen der Bod. Beamten-Bank angeschlossen.

Bestellschein Hiermit bestelle(n) ich / wir ab die Tageszeitung BADISCHES VOLKSECHO DIE ZEITUNG ALLER SCHAFFENDEN durch Träger - Post - Abholer (Nichtzutreffendes streichen) zum monatlichen Bezugspreis von DM 2,05 zuzüglich Trägergeld „ 0,45 zuzüglich Porto bei Lieferung durch die Post „ 0,54 Vor- und Zuname: Beruf: Wohnort: Straße: Stadtteil: Datum: (Unterschrift) (Ausschneiden und an den Verlag einsenden)

Bezieherwerber bei festem Fixum für Tageszeitung sofort gesucht. Persönliche Vorstellung bei NORDBADISCHE DRUCK- U. ZEITUNGS-VERTRIEBS-GESELLSCHAFT M B H MANNHEIM, S 3, 10

Zeitungsfahrer von Zeitungsverlag bei guter Bezahlung sofort gesucht. Persönliche Vorstellung bei Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10

Laufjunge für Bellefierung der Kioskhändler bei festem Fixum sofort gesucht. Vorzustellen bei Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10

In Kürze raucht alles Mexico-Gold Mexico-Girl Mexico-Samba DIE NEUEN 8 1/2 PFG. CIGARETTEN Die Marken des anspruchsvollen Kenners! Verlangen Sie bei Ihrem Cigarettenhändler »Mexico-Cigaretten«!

Polizeibericht Karlsruhe

In der Ruppurrer Straße lief ein sechs-jähriger Schüler beim unvorsichtigen Ueber-schreiten der Fahrbahn seitlich gegen einen vorüberfahrenden Lastkraftwagen. Er erlitt einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Eine Radfahrerin, die durch die gesperrte Winkelmannstraße fuhr und unvorsichtig in die Stuttgarter Straße einbog, stieß mit einem Personenkraftwagen zusammen, der ihr wegen stark abgebremst werden mußte und dabei ins Schleudern geriet. Sie wurde zu Boden geworfen, kam aber mit dem Schrecken davon, während der Personenkraftwagen gegen einen Bretterzaun stieß und beschädigt wurde.

Auf der Durlacher Allee wurde ein Fußgänger, der sein Fahrrad neben sich her-schob, beim Ueberschreiten der Fahrbahn von einem Kraftfahrzeug angefahren und zu Boden geworfen. Er erlitt hierbei eine Kopfverletzung, so daß er ins Krankenhaus über-führt werden mußte. Das Kraftfahrzeug kam beim Unfall ins Schleudern und warf hierbei einen vorüberfahrenden Radfahrer um. Der Kraft-fahrer erlitt Schürfwunden und Prellungen, während alle drei Fahrzeuge beschädigt wurden. Der Radfahrer blieb unverletzt.

Abgabe für Trümmerbeseitigung

Nach dem Gesetz Nr. 332 und der Durch-führungsverordnung Nr. 337 hierzu ist für die Jahre 1949 bis 1954 eine Aufräumungsabgabe für die Trümmerbeseitigung zu erheben. Für 1949 ist die Abgabe innerhalb 8 Tagen nach Zustellung des Forderungszettels fällig, für die übrigen Jahre jeweils am 1. Januar des betref-fenden Jahres. Die aus der Aufräumungsab-gabe eingehenden Beträge fließen der Landes-erhebungsstelle für die Aufräumungsabgabe (Badische Gebäudeversicherungsanstalt) zu, welche sie den Gemeinden zur teilweise Dekung der Kosten für die Trümmerbeseitigung nach dem Umfang ihrer Kriegsschäden zuteilen wird. Die Erhebung der Abgabe wurde den Gemeinden als Auftragsangelegenheit über-tragen. Der hiesigen Stadthauptkasse obliegt es lediglich der Einzug der Abgabe. Die Forde-rungszettel für die Jahre 1949-1954 gehen den Zahlungspflichtigen laufend zu.

Die Landeserhebungsstelle legt großen Wert auf den rechtzeitigen Einzug der Abgabe. Um Härten zu vermeiden, wird jedoch die Stadt-hauptkasse auf Antrag Stundung gewähren. Stundungsanträge wären dorthin zu richten.

Noch 4000 ohne Lehrstellen

Aus dem Bericht des Arbeitsamtes für den Monat Oktober geht hervor, daß noch rund 1200 männliche und 2800 weibliche Jugend-lie eine Lehrstelle suchen. Die Zahl der Ar-beitslosen hat sich um eine Kleinigkeit, (ins-gesamt 374 Personen) auf eine Gesamtzahl von 10400 vermindert. Diese geringfügige Ab-nahme dürfte zu einem großen Teil auf saison-mäßige Einstellungen bei der Zuckerfabrik Waghäusel, die 170 offene Stellen gemeldet hat, zurückzuführen sein.

Polnische Wache verhaftet ihnen zur Flucht In der Kaiser-Allee in Karlsruhe wurden zwei Polen festgenommen, die falsche 100-DM-Scheine in Umlauf setzen wollten. Am Mühl-burger Tor bei dem amerikanischen Waren-haus ergriffen die Postgenommenen plötzlich die Flucht und suchten den Schutz der dort postierten polnischen Wache. Diese bedrohte die deutschen Polizisten mit der Waffe und verhalten dadurch den beiden Falschgeldver-treibern zur Flucht. Später wurde die Wache von der Militärpolizei festgenommen.

Badisches Staatstheater

Am Donnerstag, den 10. November, kommt die Komödie mit Musik „Panoptikum“ von Franz Molnar zur Erstaufführung. Somit kommt Molnar auch wieder in Karlsruhe zu Wort, wo vor seiner Emigration alle seine Komödien aufgeführt wurden.

Ein Forum für die Bevölkerung ist kein bunter Abend

Die Besucher erwarten mehr Ernst und Verständnis der Stadtverwaltung

Vor einigen Tagen fand in Karlsruhe-Dax-landen ein Kommunalforum der Karlsruher Stadtverwaltung statt. Der „Lamm“-Saal war gut besucht, und auch die Stadtverwaltung war stark vertreten. Die Fragestellungen waren durchweg auf die Kommunalpolitik ausgerichtet und viele Wünsche und Sorgen wurden ausgesprochen.

Angefangen von den berechtigten Forde-rungen des Daxlander Schulrektors betriefts der

Schulen, über Anträge auf Verkehrsverbesserungen, die Beseitigung des unwürdigen Zu-standes auf dem Daxlander Friedhof durch den Bau einer Leichenhalle, die Errichtung eines Kindergartens in der Stein-Siedlung, Klagen der Mieter über städtische Forderungen auf Zahlung von Wassermehrerbrauch, die Frage nach Maßnahmen der städtischen Preisbe-hörde gegen die Nichteinhaltung der Kartof-fel-Höchstpreise, bis zur Forderung nach raschem Ausbau des Karlsruher Rheinhafens zur

Sicherung der Existenz tausender Werk-tätiger, folgten Fragen auf Fragen.

Die Antworten der Stadtverwaltung folgten zwar auch bis auf einige Ausnahmen, aber wenn man den Fragestellern durchweg Ernst und Sorge anmerken konnte, so kann man das von den Antworten der Stadtverwaltung beim besten Willen nicht behaupten. Anscheinend hat der Oberbürgermeister das Forum mit einem bunten Abend verwechselt. Vor allem die Forderung nach dem Ausbau des Karlsruher Rheinhafens, die man einfach mit ein paar Witzen und der Feststellung abfertigte, daß man von seiten der Stadtverwaltung alles tue, um den Ausbau zu fördern, fand keinen allzu großen Glauben, weil allgemein bekannt ist, daß von dafür bereitgestellten Mitteln eine große Summe für den Ausbau des Kleinen Theaters weggenommen wurde. Die Daxlander Bevölkerung war im allgemeinen nicht zufrie-den und verlangt beim nächsten Forum mehr Verständnis für ihre Sorgen und Wünsche.

Bohrermarkt mit schmalem Geldbeutel

Neckargemünd. Am Bohrermarkt ist Hel-delberg nur ein Vorort von Neckargemünd. Tausende strömen aus allen Orten der näheren und weiteren Umgebung zu diesem Volksfest, das neben dem Eberbacher Kuckucksmarkt von allen Festen des Heidelberger Kreises die größte Anziehungskraft hat.

Schon am Bahnhof Neckargemünd begrüßt ein Willkommensschild alle dort eintreffenden Besucher und hundert Meter weiter findet man die Stallhasen- und Hühnerhalter in der „Geflügel- und Kleintier-Ausstellung“, wo die Preiskommission bei der Bewertung der Prachtexemplare von Kaninchen, Hühnern und Enten wirklich kein leichtes Amt hat.

Die Schaufenster haben ein besonders festliches Gewand angelegt, denn sie stehen untereinander im Wettbewerb und jedes will den Sieg erringen. Durch die beleuchteten Gassen wälzt sich ein nicht abreißender Menschen-strom von Bude zu Bude, die sich in dichter Folge von der Eisenbrücke bis zum Markt-platz aneinanderreihen und wo es alles zu

kaufen gibt, was menschliches Begehren um-faßt. In den Lokalen sind herrlichste Lecker-bissen und edelste Weine bereitgestellt, und überall sind die Tanzböden spiegelblank und glatt.

Doch war in diesem Jahr so manches anders als früher. Bei den Zuckerbuden blieben die Waren liegen, die Schiffschaukel hatte abends nichts mehr zu tun und das meiste, was von den Budenbesitzern angeschleppt worden war, um es auf dem Bohrermarkt abzusetzen, mußte von ihnen wieder mit nach Hause genommen werden. Die Wirtse klagen über den wesentlich geringeren Umsatz als im vorigen Jahr und selbst auf dem Tanzboden hatte man — im Gegensatz zu früher — wieder ange-nahme Bewegungsfreiheit.

Zwei Tage wurde gefeiert, doch wurde mehr Stimmung gemitt, als die Menge genossenen Alkohols eigentlich hätte erzeugen können. Die sich keiner Selbsttäuschung hingeben wollten, zogen es vor, zu Hause zu bleiben.

Wer hat den Betriebsrat zu wählen: Direktion oder Belegschaft

Eine eigenartige Erklärung der Reichsbahndirektion

Zu den Vorgängen im Eisenbahnausbau-sungswerk Schwetzingen läßt die deutsche Bun-desbahn-Direktion Stuttgart der bürgerlichen Presse eine Mitteilung zukommen, aus der wir entnehmen:

Nach Untersuchung und Besprechung aller Vorgänge hat jetzt die Eisenbahndirektion Stutt-gart eine abschließende Erklärung heraus-gegeben. Darin wird festgestellt: Kempfner sieht ein, daß er in seinen Äußerungen anläßlich der Betriebsversammlung zu weit ging. Er ent-schuldigt sich bei den von ihm Beleidigten. Kempfner wurde von der Eisenbahndirektion Stuttgart zum 2. November wieder als Schlos-ser beim EAW Schwetzingen eingestellt, ge-hört aber dem Betriebsrat nicht mehr an. Die GdED wird in Schwetzingen eine Versammlung einberufen, in der die Bediensteten von den ge-faßten Beschlüssen unterrichtet werden. Die GdED wird sich voll dafür einsetzen, daß sich derartige unliebsame Vorkommnisse, die nur den Arbeitsfrieden stören, im EAW Schwetzingen nicht wiederholen können.

Daraus ergibt sich auch die Haltlosigkeit der Behauptungen, der Werkdirektor des EAW Schwetzingen sei Mitglied einer reaktionären Gruppe und gewisse Leute der ED Stuttgart be-dienten sich nazistischer Methoden. Die Hand-lungsweise des Werkdirektors, seines techni-schen Abteilungsleiters sowie des Personalde-zerenten Kraft der ED Stuttgart werden als ab-solut korrekt anerkannt.

So weit die Auslassung der Eisenbahn-Direktion. Von dieser Seite war natürlich nichts an-deres zu erwarten. Trotzdem der Werkdirektor die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit für das Wohl der Belegschaft zu stören und zu beeinträch-tigen versuchte, erklärt die Direktion, daß die Hand-lungsweise dieses Herrn Schlagkamp absolut korrekt gewesen sei, ebenso wie die des Per-sonaldezernenten Kraft, der den Betriebsratsvorsitzenden Kempfner ohne gründliche Unter-

suchung fristlos entlassen hat. Damit hat die Eisenbahn-Direktion wohl bewiesen, daß der Ausdruck reaktionär nicht nur auf dem Werks-direktor Schlagkamp, sondern auf sie selbst durchaus zutrifft.

Die Werksleitung und die Eisenbahndirektion wollte mit der Entlassung von Kempfner die Widerstandskraft der Arbeiter gegen eine selbst-herrliche Werksleitung brechen. Das war der Sinn dieser Entlassung. Aber auf Grund der Ge-schlossenheit der Eisenbahn mußte die Direktion einen Rückzieher machen. Dies zu verbrä-men, noch zu retten was zu retten ist, deshalb diese Erklärung. Man hat es nicht gewagt die Entlassung aufrechtzuerhalten. Aber man hofft, den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden als Be-trietersrat und Gewerkschaftsfunktionär un-möglich zu machen und damit der gesamten Be-legschaft des Werkes einen Schlag zu versetzen.

Mehr als anmaßend ist auch die Bemerkung der Eisenbahndirektion, daß Kempfner dem Be-trietersrat nicht mehr angehört. Wer Betriebsrats-vorsitzender ist, das ist schließlich Sache der Arbeiterschaft des EAW's und nicht die der Eisenbahndirektion, die damit in unzulässiger Weise in die Rechte der Belegschaft eingreift.

Die Erklärung der Eisenbahndirektion trägt nicht die Unterschrift der GdED. Dennoch drängt sich die Frage auf, war der Gewerk-schaftsleitung diese Erklärung, bevor sie an die Presse ging, bekannt und was hat sie zu dem anmaßenden Ton zu sagen?

Es ist zu hoffen, daß in der angekündigten Betriebsversammlung die Eisenbahnarbeiter den Herren in Stuttgart eine klare und eindeutige Antwort auf ihre reaktionären Auslassungen geben werden.

Vom internationalen Ringer-Turnier im Passage-Palast Karlsruhe

Entscheidungskampf Sandor Nagy-Saturski

Zum Auftakt der Kämpfe am Samstag abend lieferten sich zwei körperlich gleichwertige Gegner, Braun-Augsburg gegen Ahrens-Lützel-sachsen, einen sehr schnellen Kampf, bis Ahrens schließlich in der 13. Minute Braun auf die Schultern zwingen konnte.

In einer Seniorenbegegnung, Landau-Dü-seldorf gegen Budrus-Memel, der sich an diesem Abend keiner Regelwidrigkeit schuldig machte, siegte dieser Kampfhahn schon nach 9 Minuten durch einen Armfallgriff. Lekas konnte gegen Andersch-Wien in einem prächtigen Kampf, in dem von Andersch sehr ge-konnte Paraden gezeigt wurden, der aber be-sonders gegen Schluß von dem bärenstarken Griechen schwer bedrängt wurde, ein Unent-schiedenes erzielen.

Freistil, wie ihn das Publikum zu sehen wünscht, rangen Kaiser-Nürnberg und Vinca-

Litauen. Nach einem sehr farbigen fight trenn-ten sie sich unentschieden.

Den Abschluß bildete das Entscheidung-treffen Sandor Nagy-Budapest gegen den jungen Saturski. Zwar konnte dieser den blitz-schnellen Angriffen des erfahrenen Ungarn ziemlich lange trotzen, mußte sich aber kurz nach Verlängerung geschlagen geben. Beide gefielen besonders durch ihre faire Kampfweise.

Am Sonntag gings hoch her

In der ersten Begegnung standen sich Ahrens-Lützel-sachsen und der flinke Unger-Schlesien gegenüber, die Ahrens in der 15. Mi-nute durch Abfangen einer amerikanischen Krawatte für sich entscheiden konnte.

Die 12. Minute des Freistilkampfes, Braun-Augsburg gegen Saturski-Berlin, brachte die Entscheidung, als Braun aufgeben mußte. Budrus-Memel, das 60jährige „enfant terrible“,

Heidelberger Nachrichten

Verstärkter Straßenbahnverkehr zum Martinszug

Am kommenden Sonntag findet der Mar-tinszug statt. Um allen Kindern der Vororte zu ermöglichen daran teilzunehmen, hat die Straßenbahnverwaltung einen verstärkten Verkehr auf allen Vorortlinien eingerichtet, so daß die Gewähr gegeben ist, daß sich alle Teilnehmer bis 16.30 Uhr am Karlsplatz ein-finden können. Für einen ausreichenden Rück-transport nach Beendigung des Zuges ist ebenfalls genügend Vorsorge getroffen worden.

Wartehalle in der Bahnhofstraße

Sehr zu begrüßen ist die Mitteilung, daß nun endlich an der Straßenbahnhaltestelle in der Bahnhofstraße eine Wartehalle errichtet wird, die schon in drei Wochen fertiggestellt sein soll. Der bisherige Zustand hat schon des öfteren zu berechtigten Klagen Anlaß ge-gaben, denn in verkehrsreichen Stunden stauen sich an dieser Haltestelle die Menschenmassen und hatten bei Regen keinerlei oder nur un-genügende Unterstellmöglichkeiten.

Landkreis Heidelberg

Nußloch. An alle Arbeitnehmer gingen jetzt Fragebogen für die Ausstellung der Lohnsteuer-karten 1950, bei denen auf sorgfältige An-gaben über Anschrift des Arbeitgebers, Art des Betriebs, Betriebsort usw. zu achten ist. Bis Donnerstag, den 10. 11. 49, werden die Fragebogen wieder abgeholt.

Meckesheim. Die Errichtung des so drin-gend erforderlichen Pumpwerkes ist nun durch ein Darlehen von 65000 DM möglich gewor-den. Mit diesem Geld sollen die Fassung des Brunnens zwischen Meckesheim und Mauer, sowie notwendige Betriebsbehälter, Zuleitungen und Anschlüsse an die Ortswasserleitung erstellt werden. Der bisher bestandene Was-sermangel wird dadurch wesentlich beseitigt.

Walldorf. Bei einer Zusammenkunft Walldorfer Heimkehrer wurde ein Heimkehreraus-schuß gegründet, der die Interessen aller zu-rückkehrenden Kriegsgefangenen wahrnehmen soll.

Eine wöchentliche Sprechstunde im Rathaus über Obstbaufragen wurde jetzt vom Obstbau-verein Walldorf für die hiesige Bevölkerung eingerichtet.

In der letzten Mitglieder-Versammlung der Arbeiterwohlfahrt wurde beschlossen, am 18. 12. 49 eine Weihnachtsfeier für alle bedürftigen Einwohner durchzuführen.

Die Mehrzahl ist zurück

Wilhelmsfeld. Seit Beginn dieses Jahres sind 13 ehemalige Soldaten aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Nunmehr befinden sich nur noch 7 Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Die Gemeinde Wilhelmsfeld beklagt allerdings 30 Angehörige, die noch vermißt sind.

leistete sich an diesem Abend wieder aller-hand. So mußte er im Kampf gegen Pinetzki-Berlin zwei Verwarnungen und 10 DM Geld-strafe wegen unfairer Manipulationen einstecken. Außerstes Mißfallen erregte es auch, als er nach dem Unentschieden Pinetzki den Gruß verweigerte.

Ebenso zwei Verwarnungen mußten Vincen-Litauen erteilt werden, da er Andersch-Wien mit Freistilgriffen bearbeitete. Auderschs e-leganter Stil stach angenehm von den theatra-lischen Mätzchen des Litauers ab. Der sehr dramatische Kampf, der sich teilweise auch in den ersten Reihen des Zuschauerraumes ab-spielte, endete unentschieden.

In einer Freistilheerausforderung rang Le-kas-Griechenland gegen Ecker-Wien. Nach 3 Runden, in denen es zu schönen Kombina-tionen kam, trennten sie sich unentschieden.

Affaire BLUM

ROMAN VON R. A. STEMMLE

Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin

9. Fortsetzung

Die Meinungen über Dr. Blum waren geteilt. Die einen, die ihn näher kannten, priesen und verehrten ihn, die anderen, die ihn noch besser zu kennen glaubten, wußten nichts Rechtes mit ihm anzufangen oder hielten ihn gar für einen Zeitgenossen, den man mit Vorsicht genießen muß. Dr. Blum war nicht immer diplomatisch.

Nun legte Blum allerdings wenig Gewicht darauf, sich beliebt zu machen. Er schielte weder nach oben oder unten, noch nach rechts oder links. Doch abgesehen davon steckte er voller Widersprüche, die es nicht leicht machten, zu seinem wirklichen Kern vorzudringen. Er konnte knickrisch sein und um Pfennige feilschen, andererseits erwies er sich oft genug als großzügig, als freigebig, als Mäzen und heimlicher Wohltäter, besonders seinen Glaubensgenossen gegenüber. Er schätzte moderne Kunst, zumal Graphik, und sammelte überkandideltes Zeug, wie seine Gattin es nannte. Gleichzeitig hegte er eine sentimentale Neigung zu volkstümlicher Einfachheit, ja zum Kitschigen. Spießer und kultivierter Weltmann zugleich, fand er Wohlgefallen sowohl an almodischen, hausbackenen Schinken, als auch an Paul Klee, Picasso und Kandinsky. Sein erklärter Liebling war Walter Trier, von dem er eine Anzahl Originale besaß.

Dr. Jakob Blum war alleiniger Inhaber einer großen Lithographischen Anstalt mit Filialen in Süddeutschland. Damit ist nicht gesagt, daß er sich ausschließlich mit Lithographie befaßte. In seinen graphischen Kunstanstalten druckte er Plakate, Tiefdruck, Buchdruck, Musikalien, Ansichtskarten, Buchumschläge, farbige Illustrati-

onen und Zeitschriften. Er war der erste, der sich vor nunmehr zweiundzwanzig Jahren die erste Offset-Pressen angeschafft hatte. Im Badischen und in der Tschechoslowakei hatte er Papierfabriken.

Als er damals den Auftrag erhielt, die Reklame für Monte-Rosa-Reisen herzustellen, war ihm der Einfall gekommen, sich an einer dieser Fahrten zu beteiligen, obwohl er im allgemeinen nicht für Massen-abfertigung war. Und diesem Einfall verdanke er einen ihm selbst unerwarteten Aufschwung des Geschäfts und seine Selbstständigkeit. In Kleinasien nämlich hatte er festgestellt, daß die Eingeborenen nach exotischen Darstellungen lechzten. Diesem durchaus begreiflichen Geschmack wußte er zu schmeicheln, indem er sich zunächst probeweise auf die Reproduktion idyllischer Landschaften Oberbayerns und male-risch ähnlich ergiebiger Gebiete warf. Und da sich die ersten Veruche zu Schlagern auswuchsen, überschwemmte Blum den Balkan, die Türkei, Syrien, den Irak und Unterägypten mit üppig kolorierten Darstellungen aus dem dörlichen Leben der Gegenwart und Vergangenheit, sogenann-ten Genrebildern, und so geschah es, daß die Erschließung Andreas Hofers oder eine Mühle im Schwarzwald manches Caféhaus in Damaskus oder Alexandria zierte. Nach Griechenland lieferte er Tausende von Szenen aus dem Leben Lord Byrons, der noch heute von den Hellenen vergöttert wird.

Gesellschaften in Villa Blum unter-schieden sich vorteilhaft von ähnlichen Veranstaltungen. Es wurde nicht ins Blaue hinein geschwätzt, sondern der Herr des Hauses stellte Themen, von deren Behandlung er in keineswegs uneigennütziger Weise annahm, daß sie den Gesichtskreis erweitern würden.

Bei Tisch hatte man das „erwachende“ Italien zerpfückt, den Faschismus, die Schwarzhemden und zumal den Journalisten und Redner Mussolini, der morgens spazieren ritt und abends Geige spielte. Das abschließende Wort war vom dicken Herzberg gesprochen worden, einem schwerhörigen Kunsthändler, der nur dann etwas verstand, wenn Dinge hinter seinem Rücken geflüstert wurden, die man ihm

vorzuhalten suchte, und der eine umfangreiche Apparatur mit Mikrophon und anderen technischen Wundern vor sich auf-zubauen pflegte. Unter allseitiger Zu-stimmung hatte Herzberg geäußert, diese, die harmlos-heitere Atmosphäre Italiens verschandelnde Bewegung werde sich in Kürze totlaufen, sie sei kein Exportartikel, und die Deutschen hätten nicht das ge-ringste Talent zu derlei Ueberspanntheiten.

Anschließend war die Rede von Emil Ludwigs soeben erschienenen Buch über Napoleon, flüchtig über den Autor, ausführlich über seinen Heros; die Parallelen, die Professor Kaphammer, der Chirurg, zwischen dem Korsen und dem Schüler Nietzsches zu ziehen versuchte, fielen ins Wasser.

Beim Nachtisch wurde Blums Stecken-pferd geritten: das Plakatwesen. Marga Bastian, die Saloname des Stadttheaters, begeisterte sich für die Diskretion, deren sich Kaffee Haag auf seinem Plakat be-diente, und Kaphammer steuerte ein kurzes Kolleg über den großartigen Konsul Rou-sellus bei, den Entzieher des Koffeins. Frau Dr. Blum behauptete, den Vogel habe das Triumvirat Voß, Lausen & Dzianbor in Hamburg abgeschlossen, das mit dem Satz „Montblanc ist besser“ bewiesen habe, daß ein Komparativ zuweilen mehr sei als ein Superlativ.

Endlich kam das Theater an die Reihe. Tini Reicherd von der Oper war mit Herz-berg dem Titanen, in Leipzig gewesen und hatte „Jonny spielt auf“ gesehen und gab einen hingerissenen Bericht. Sie fand die Oper verblüffend, einmalig, gekonnt, halb kaltschnäuzig, halb vertraut. Den größ-ten Eindruck hatten ihr der Gletscher ge-macht und das Finale mit der einbrausen-den Lokomotive.

Dr. Wormser, der Rechtsanwalt, der beruflich in Berlin gewesen war, scheute sich, von der Haller-Revue „Schön und Schick“ zu erzählen. Zwar den Komikern Kurt Lilien und Fritz Wiesenthal widmete er ein paar Lobsprüche, unterschlug jedoch die Lipinskaja und die Original Lawrence-Tiller-Girls (oft kopiert — nie erreicht!), denen er zwei Abende geopfert hatte. Er

wechelte dann auch unaufgefordert zum Anlaß seiner Reise hinüber.

Es war ein Mordprozeß gewesen. Die zierliche Rademacher, die ihren Rilke im Schlaf herbeten konnte, Graphi-kerin mit Madonnensteitel, erhob Protest. Sie wollte nichts Grausiges hören. Man bügelte sie nieder.

Dr. Wormser mußte vermeiden, was er vor den Schranken Moabits erlebt hatte.

Mit breitem Behagen schilderte er den Fall, der eine leise Ähnlichkeit mit dem vor siebzehn Tagen erfolgten Attentat bei Leiferde aufwies, wo zwei Jünglinge den D-Zug Berlin-Köln zum Entgleisen ge-bracht hatten. Der eine von ihnen, Kapell-meister an einer Provinzbühne, war kontraktbrüchig geworden und davongelaufen, weil ihn das Dirigieren von Operetten an-kotzte. Vom Regen geriet er in die Traufe und durfte ödste Tanzmusik machen. Laut eigener Aussage fühlte er sich zu Höherem berufen, aber Begabung und Charakter waren längst zerbrockelt, und so entlegte er vollends, als er Waggon entgleisen ließ. Ein Dutzend Menschen fand dabei den Tod. In der Angelegenheit, in der Wormser zu tun gehabt hatte, ging es um den Anschlag auf einen Omnibus, und daran beteiligt war eine fünfköpfige Bande unreifer, in der Nachkriegszeit verwahrloster Burschen. Wormser, der sich gern reden hörte, tischte einen zweiten Prozeß auf, dem er als Privatperson beigewohnt hatte.

Im Norden Berlins war ein Grundstück abgebrannt. Die Polizei hatte den Eigen-tümer der Mietskaserne hinter Schloß und Riegel gesetzt. Der Mann stand schließ-lich Brandstiftung, einwandfrei. In Frage stand lediglich die Mitschuld seiner Frau. Selbstredend leugnete sie Stein und Bein. Hernach wurde in der Spree ein Bettsock aufgefischt, und dieser Sock enthielt einen wassergefüllten Benzinkanister. Ein Krimi-nalkommissar beaugenscheinigte den Bettsock und ließ auf der Stelle die Frau verhaften. Der Sock mit den Initialen des Mädchennamens der Frau war nicht zuge-bunden, sondern säuberlich zugenäht ge-wesen, und das konnte nur ein weibliches Wesen besorgt haben. Er sagte es der Frau

ins Gesicht. Die Frau gestand. Scharfsin-nig, was?

Während es auf die meisten Gäste, die wohl vom Herrn des Hauses beeinflusst waren, wenig Eindruck machte, rief Frau Dr. Blum, das sei ja das reinste Kolumbus-ei; und sie wollte durchaus wissen, wie der Kommissar heiße.

„Bonte“, erwiderte Dr. Wormser. „Bonte“, wiederholte Frau Blum ge-dankenswer, als müsse sie sich den Namen einprägen.

Hedwig, das Mädchen, servierte ab, und die Frau des Chauffeurs, als Stütze der Haus-frau verkleidet, half ihr dabei. Der Chau-freuer Bremer, ihr Mann, saß in der Küche, trank Kaffee und wartete darauf, die Gäste heimzuführen. Die Gesellschaft begab sich in den Salon. Dr. Wormser und Herzberg bewaffneten sich mit Brasilzigarren, und die Rademacher setzte sich an den Blüthner, um einiges von Chopin zum besten zu ge-ben.

Mitten in dem seidenen Gewebe des Noc-turnos in Des-dur gab es einen Knall. Alle schrakten auf. Fräulein Rademacher stieß einen Schrei aus und huschte aus dem Zimmer.

Ein von Willy Jaeckel gemaltes Portrait war herabgestürzt. Es stelte Ellen Blum dar, die mit einem Mynheer in Amsterdam verheiratete einzige Tochter des Ehepaars. Sie war zwölf Jahre alt, als sie damals ge-malt wurde. Sie trug einen weißen Spitzen-hut mit blauen Schleifen. Im Schoß ein Netz mit farbigen Bällen.

In die unheimliche Verstörung, die jäh-lings eintrat, tickte die auf einer goldenen Konsole stehende Porzellanuhr, die trotz immer wieder erfolgter Bemühungen seit Jahren nicht in Gang zu bringen gewesen war. Dr. dicke Herzberg hatte das Ticken als erster gehört. Neugierig kamen Hedwig und die mit einer Tändelschürze drapierte Frau Bremer gerannt. Frau Blum jamnerte etwas von böser Vorbedeutung. Dr. Wormser ergriff die Gelegenheit, ein ge-harnischtes Kirschwasser zu kippen. Die abergläubisch verscheuchte Bastian schlug vor, ein Blitzgespräch nach Amsterdam anzumelden. Man schrak von neuem auf, als die Flurklingel schrillte. (Forts. folgt)